

Zur Kulturgeschichte moderner Wahlen in vergleichender Perspektive. Eine Einleitung

**Claudia Christiane Gatzka /
Hedwig Richter / Benjamin Schröder**

In aller Regelmäßigkeit schreiten die Bürger in der westlichen Welt an die Wahlurne, um ein Urteil über ihre Regierungen zu fällen und ihrem Anspruch auf Partizipation Ausdruck zu verleihen. Zu Recht gilt die Institution der Wahlen, wie sie sich über das 19. und 20. Jahrhundert entwickelt hat, als *das* zentrale Merkmal moderner Demokratien,¹ und stellt daher auch für Historiker ein zentrales Untersuchungsfeld dar. Die historische Wahlforschung in Deutschland hat sich dabei lange auf die Untersuchung des Wahlrechts und des Wahlverhaltens konzentriert.² Die Wahlrechtsforschung kennt zwei Spielarten. Zum einen zeichnet sie nach, wie das demokratische Wahlrecht überhaupt entstand. Zugespitzt formuliert, schreibt sie damit eine Fortschrittsgeschichte von den eingeschränkten, oftmals indirekten und offenen Wahlordnungen im frühen 19. Jahrhundert bis hin zur Vollendung unserer heutigen Demokratien, in denen alle mündigen erwachsenen Staatsbürger mit gleichem Stimmrecht geheim mit ihrer Wahlentscheidung über das Gemeinwesen entscheiden. Zum anderen untersucht sie, wie in den so entstandenen Demokratien die Funktionsweise verschiedener Wahlsysteme unterschiedliche Parteiensysteme und damit Wahloptionen produziert. Die zweite Tradition der

- 1 Vgl. D. Nohlen, Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme, Opladen/Farmington Hills 2009⁶, S. 23, 27.
- 2 Anstelle einer Rekapitulation der umfangreichen älteren Literatur sei hier und für das Folgende verwiesen auf den exzellenten Überblick bei T. Kühne, Wahlrecht – Wahlverhalten – Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 481–547.

historischen Wahlforschung befasst sich noch zentraler mit der Wahlentscheidung: Wer wählte wen aus welchen Gründen, sind die klassischen Fragen der historischen Wahlsoziologie.

Beide Traditionen legen ihren Fokus auf Wahlen als ein Moment der Entscheidungsfindung und auf die Erklärung von Ergebnissen.³ Das ist nicht weiter verwunderlich, denn Wahlen leisten genau darin eine entscheidende Funktion für demokratische Systeme: Sie ermöglichen eine friedliche Übertragung der Macht in Form einer von allen als legitim anerkannten Entscheidung. In den Wahlergebnissen, so scheint es hier, spiegeln sich Millionen kleiner, individueller Entscheidungen. Das implizierte Bild von der Bevölkerung ist das einer Masse von Entscheidungsträgern.

Dabei ist die Institution der Wahlen keineswegs zwangsläufig an die modernen Demokratien und ihre Herausbildung über das 19. Jahrhundert gebunden, denn auch in der Vormoderne und selbst in den diktatorischen Systemen des 20. Jahrhunderts wurde gewählt. Hierbei spielte die Entscheidungsfindung offenkundig nur eine untergeordnete oder gar keine Rolle, weshalb diese Wahlen ausgehend von unserem heutigen Verständnis fremd und erklärungsbedürftig wirken. Historiker haben sich darum mit der Frage beschäftigt, welche anderen Funktionen und Bedeutungen das Abstimmen für vormoderne und nichtdemokratische Regierungsformen hatte.⁴ Wir glauben, dass diese Frage auch für die konstitutionellen und demokratischen Systeme des 19. und 20. Jahrhunderts erkenntnisfördernd ist, und wollen ihr in diesem Themenheft anhand von drei Einzelstudien nachspüren. Was können uns Wahlen in Demokratien und konstitutionellen Systemen jenseits der Ergebnisse noch verraten?

Anders als die Wahlsystem- und die Wahlverhaltensforschung, die mit institutionen- und sozialgeschichtlichen bis hin zu komplexen statistischen Methoden arbeitet, erfordert diese Frage einen kulturgeschichtlich informierten Zugang, der vom Konstruktcharakter sozialer Wirklichkeiten ausgeht und auf die symbolische Qualität kommunikativer Praktiken abhebt.⁵ Auch für die Untersuchung von Wahlen ist ein solcher Ansatz mittlerweile nicht mehr neu, wenngleich die Forschungsrichtung insbesondere in Deutschland jung ist und in weiten Teilen der Wahlforschung noch immer nicht wahrgenommen wird.⁶ Britische Historiker beschäftigen sich schon seit längerer Zeit mit Kampagnen-

3 Vgl. T. Mergel, Wahlkampfgeschichte als Kulturgeschichte. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Beispiele, in: B. Stollberg-Rilinger (Hg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlin 2005, S. 355–376.

4 Vgl. schon M. Wölk, Wahlbewußtsein und Wahlerfahrungen zwischen Tradition und Moderne, in: Historische Zeitschrift, 238 (1984) 2, S. 311–352; F. O’Gorman, Campaign Rituals and Ceremonies. The Social Meaning of Elections in England 1780–1860, in: Past & Present, 135 (1992), S. 79–115; jetzt: B. Stollberg-Rilinger (Hg.), Vormoderne politische Verfahren, Berlin 2001; D.W. Poeck, Rituale der Ratswahl. Zeichen und Zeremoniell der Ratssetzung in Europa (12.–18. Jahrhundert), Köln/Weimar/Wien 2003; R. Schlögl (Hg.), Urban Elections and Decision-Making in Early Modern Europe, 1500–1800, Newcastle upon Tyne 2009; C. Dartmann u. a. (Hg.), Technik und Symbolik vormoderner Wahlverfahren, München 2010; R. Jessen/H. Richter (Hg.), Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships, Frankfurt a. M./New York 2011.

5 Auch für das Folgende: T. Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft, 28 (2002) 4, S. 574–606. Vgl. dazu auch den Ansatz einer „Neuen Politikgeschichte“, U. Frevert/H.-G. Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M./New York 2005.

6 Vgl. beispielhaft den Forschungsüberblick in R. J. Winkler, Historische Wahlforschung, in: J. W. Falter/H. Schoen

führung, Wahlkorruption, Gewalt oder der Stimmabgabe als Ritual – mit Aspekten also, die Antworten auf Fragen nach politischen Mentalitäten erlauben. Darin äußert sich ein breiteres Verständnis dessen, was „Politik“ und damit das Untersuchungsgebiet der Politikgeschichte ausmacht. Zudem wurde und wird den unmittelbaren Geschehnissen um die Urne in Großbritannien ein größerer Einfluss auf das Ergebnis von Wahlen beigemessen als in Deutschland.⁷ Starkes Interesse finden Fragen nach Bedeutungen und unvermuteten Funktionen auch im französischsprachigen Raum, wo man unter Begriffen wie „idéologie et intérêt“ oder dem „fétichisme“ der geheimen Wahl den Zusammenhang zwischen modernen Wahlen und der Legitimität politischer Meinungsäußerungen kritisch beleuchtet.⁸ In den USA hingegen ist die historische Wahlforschung nach wie vor stark an den klassischen Fragen nach Wahlrecht und Wahlergebnissen orientiert, wie nicht zuletzt das beeindruckende und viel gepriesene Überblickswerk von Alexander Keyssar zeigt.⁹ Doch erscheinen auch für die Vereinigten Staaten immer wieder kulturalistisch interessierte Studien, die allerdings theoretisch wenig reflektiert sind.¹⁰

Nicht zuletzt in Auseinandersetzung mit der britischen Tradition sowie inspiriert von in der Vormoderne erprobten Ansätzen hat sich seit einigen Jahren eine kulturgeschichtliche Wahlforschung zu Deutschland etabliert. Für das Kaiserreich untersucht sie vor allem Auseinandersetzungen um konkrete Wahlpraktiken, für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts steht der Wahlkampf als ein Ort besonders dichter politischer Kommunikation im Zentrum der Aufmerksamkeit. In Fragen zum Konfliktverhalten, zu politischen Erwartungshaltungen und zu Rollenverständnissen haben die entsprechenden Studien verwandte Themen, in der Beschreibung von Demokratisierung als Lernprozess folgen

(Hg.), *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden 2005, S. 543–572; beispielhaft als Einzelstudie K. Focke, *Wahlen und Abstimmungen in der Stadt Ludwigshafen am Rhein (1919–1932). Eine Wahlanalyse der zentralen Stadtteile in der Zeit der Weimarer Republik*, Saarbrücken 2010; vgl. auch unten (Anm. 9) zur historischen Wahlforschung in den USA.

- 7 Kühne, *Wahlrecht* (Anm. 1), S. 527–30; methodisch bahnbrechend F. O’Gorman, *Campaign Rituals* (Anm. 4); als straffen Überblick siehe jetzt J. Lawrence, *Electing our Masters. The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair*, New York 2009. Auch die neuere Forschung in Großbritannien hat das Wahlverhalten noch mehr im Blick als das für Deutschland der Fall ist, vgl. etwa ders./M. Taylor (Hg.), *Party, State, and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820*, Aldershot 1997.
- 8 R. Bertrand u. a. (Hg.), *The Hidden History of the Secret Ballot*, Bloomington 2006; C. Jaffrelot, *Inde: la démocratie par la caste. Histoire d’une mutation socio-politique (1885–2005)*, Paris 2005; A. Garrigou, *La construction sociale du vote. Fétichisme et raison instrumentale*, in: *Politix. Travaux de science politique* 22/2 (1993), S. 5–42; P. Rosanvallon, *Le sacre du citoyen*, Paris 1992; vgl. auch die Arbeiten der britischen Historiker Malcolm Crook und John Dunne über die Wahlen in Frankreich.
- 9 A. Keyssar, *The Right to Vote: The Contested History of Democracy in the United States*, New York 2000; beispielhaft auch die Studie von S. Beckert, *Democracy and its Discontents: Contesting Suffrage Rights in Gilded Age New York*, in: *Past & Present*, 174 (2002), S. 114–155; nach wie vor typisch ist auch D. W. Rogers (Hg.), *Voting and the Spirit of American Democracy: Essays on the History of Voting and Voting Rights in America*, Urbana/Chicago 1992.
- 10 Vgl. etwa R. F. Bense, *The American Ballot Box in the Mid-Nineteenth Century*, Cambridge (MA) 2004; J. Crowley, *Uses and Abuses of the Secret Ballot in the American Age of Reform*, in: Bertrand u. a., *Hidden History* (Anm. 8); A. Ware, *Anti-Partisan and Party Control of Political Reform in the United States: The Case of the Australian Ballot*, in: *British Journal of Political Science*, 30 (2000), S. 1–29.

sie einem ähnlichen Narrativ.¹¹ Ebenfalls nach britischem Vorbild haben sich Forscher jüngst auch für Italien der Wahl- und vor allem der Wahlkampfkultur gewidmet.¹²

Wie nicht zuletzt dieser kursorische Überblick über die in großen Teilen nebeneinander stehenden nationalen Forschungstraditionen zeigt, bleibt ein großes Desiderat kulturgeschichtlicher Wahlforschung der vergleichende Ansatz. In ihrer bahnbrechenden Studie zur Wahlkultur im Deutschen Kaiserreich hat Margaret L. Anderson aufgezeigt, wie erkenntnisfördernd der Blick über die Ländergrenzen hinweg sein kann,¹³ doch genuin international vergleichende Arbeiten hat die kulturhistorische Wahlforschung bislang nicht folgen lassen. Dabei ist gerade der Vergleich sozialer Praktiken hilfreich, um scheinbar bekannte Untersuchungsgegenstände durch unerwartete Befunde aus einem anderen nationalen Kontext zu verfremden.¹⁴ Im Hinblick auf unsere Frage soll dies den Blick öffnen für Bedeutungen und Funktionen von Wahlen jenseits der allzu vertrauten Entscheidung über die Machtoptionen.

Unsere Beiträge operieren mit einem kulturgeschichtlichen und ethnologisch interessierten Zugriff, doch setzen sie unterschiedliche methodische Schwerpunkte. Hedwig Richter untersucht, wie der Staat und soziale Eliten die Institution der Wahlen in Preußen und den Vereinigten Staaten im späten 19. Jahrhundert für die Gestaltung einer idealen Nation nach ihren Vorstellungen zu nutzen versuchten. Während darin ein Blick auf die Funktion von Wahlen aus der Sicht von Macht- und Funktionsebenen geworfen wird, blicken Benjamin Schröder und Claudia Gatzka aus der Froschperspektive auf Wahlen im lokalen Alltag. Hier geht es um die „einfachen Bürger“, ihre Praktiken am Wahltag und die Bedeutungen des Wählens, die darin zum Ausdruck kamen.

Im Folgenden wollen wir fünf zentrale Problemfelder aus den Beiträgen herausgreifen, um daran in systematischer Form Überlegungen zu den Erkenntnismöglichkeiten einer kulturgeschichtlich-vergleichenden Perspektive auf Wahlen zu diskutieren.

11 T. Kühne, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994; M. L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000; R. Arsenschek, *Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität der Reichstagswahlen 1871–1914*, Düsseldorf 2003; T. Mergel, *Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990*, Göttingen 2011; für den Wahlakt auch: A. Biefang, *Die Reichstagswahlen als demokratisches Zeremoniell*, in ders. u. a. (Hg.), *Das politische Zeremoniell im Deutschen Kaiserreich 1871–1918*, Düsseldorf 2008, S. 233–270; vgl. auch die inspirierende Studie von H. Buchstein, *Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Eine wahlrechtshistorische und ideengeschichtliche Studie*, Baden-Baden 2000.

12 M. Schacht, *Wahlen zwischen Recht und Beeinflussung: Zur Wahlkultur in Italien um die Jahrhundertwende im Vergleich mit Preußen*, in: M. Kirsch u. a. (Hg.), *Der Verfassungsstaat vor der Herausforderung der Massengesellschaft. Konstitutionalismus um 1900 im europäischen Vergleich*, Berlin 2002, S. 197–221; P. L. Ballini/M. Ridolfi (Hg.), *Storia delle campagne elettorali in Italia*, Mailand 2002; M. Ridolfi (Hg.), *Propaganda e comunicazione politica. Storia e trasformazioni nell'età contemporanea*, Mailand 2004; S. Novelli (Hg.), *Le campagne elettorali. Passato, presente e futuro*, Rom 2005; E. Novelli, *La Turbopolitica. Sessant'anni di comunicazione politica e di scena pubblica in Italia, 1945–2005*, Mailand 2006; ders., *Le elezioni del quarantotto. Storia, strategie e immagini della prima campagna elettorale repubblicana*, Rom 2008.

13 Anderson, *Practicing Democracy* (Anm. 8).

14 Anstelle ausführlicher Reflexionen zum historischen Vergleich sei hier verwiesen auf T. Welskopp, *Stolpersteine auf dem Königsweg. Methodenkritische Anmerkungen zum internationalen Vergleich in der Gesellschaftsgeschichte*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 35 (1995), S. 339–367.

Soziale Ordnungen

Die kulturellen Bedeutungen moderner Wahlen lassen sich nicht so sehr mit Blick auf ihre Ergebnisse, sondern mit Blick auf ihre Abläufe beobachten. Wahlpraktiken symbolisieren soziale Ordnungen und machen damit Zugehörigkeiten sichtbar. Nicht nur die konkrete Ausgestaltung des Wahlrechts, die darüber bestimmt, wer mitmachen darf und wer nicht, sondern auch die Art und Weise der Partizipation verweisen auf die hierarchischen Strukturen, die die soziale Verfasstheit moderner Gesellschaften durchziehen. Besonders deutlich kamen solche Hierarchien in einem abgestuften Stimmrecht zum Ausdruck: Das in der Literatur viel beschriebene preußische Dreiklassenwahlrecht etwa, nach dem alle Männer nacheinander nach Klassen getrennt offen ihre Stimmen abgaben, war eine deutliche Demonstration von Differenz.¹⁵ Aber auch unter einem gleichen Wahlrecht konnten soziale Unterschiede sichtbar werden. Wenn zum Beispiel im deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik die Wähler ihre Stimmzettel nicht selbst in die Urne warfen, sondern dies dem Abstimmungsvorstand vorbehalten war, so sollte damit einerseits Wahlmanipulation durch die Abgabe mehrerer Stimmzettel auf einmal verhindert werden; zugleich drückte sich darin aber auch eine soziale Hierarchie zwischen den örtlichen Notabeln im Wahlvorstand und den Wählern aus: Erstere waren ob ihrer sozialen Stellung vertrauenswürdiger als der „gemeine“ Bürger.¹⁶ Dass für die Interpretation dieser Praktiken der Kontext eine zentrale Rolle spielt, zeigt dabei ein vergleichender Blick auf die USA, wo sich im 19. Jahrhundert die Distanz zwischen „election managers“ und Wählern noch größer gestaltete. Die Wahlvorsteher standen hier hinter einem „voting window“, durch das sie die Stimmzettel entgegennahmen.¹⁷ Auch hier wurde soziale Dominanz deutlich. Die „voting windows“ waren ein Symbol für die sozialen Unterschiede zwischen vertrauenswürdigen Wahlhelfern – die zudem oft informell vor Ort darüber bestimmten, wessen Wahlzettel sie akzeptierten und wen sie für nicht wahlberechtigt hielten – und potentiell gefährlichen Wählern. Doch zugleich weist das Fenster auf den vielfach extrem gewalttätigen Ablauf der Wahlen in den USA im 19. Jahrhundert, der es notwendig machte, dass die Urne vor dem Mob geschützt blieb.

Auch die Verfügbarkeit von Transportmitteln wie Karren, Eisenbahn und Autos, außerdem von Kommunikationstechnologie wie Telegraf und Telefon entschied darüber, wie traditionelle Machtstrukturen im Wahlakt zum Tragen kamen. Konservative Vereine etwa stellten ihren Wählern im Mecklenburg des späten 19. Jahrhunderts ein Dampfschiff zur Verfügung, damit sie das Wahllokal schnell und bequem erreichen konnten. Nach dem Ersten Weltkrieg bedeutete die Verfügbarkeit des Luxusguts Automobil für das ‚Heranschleppen‘ von Wählern nicht nur einen praktischen Vorteil, auch in diesen

15 Vgl. etwa C. Seymour/D. P. Frary, *How the World Votes. The Story of Democratic Development in Elections*, Bd. 2, Springfield (Mass.) 1918, S. 15–23; Kühne, *Dreiklassenwahlrecht* (Anm. 11), S. 128–141.

16 Nachweise für dieses und weitere genannte Beispiele in dieser Einleitung, denen keine Literatur- oder Quellenangabe folgt, finden sich in den Einzelbeiträgen.

17 Bense, *Ballot Box* (Anm. 10), S. 11–13.

Transportarrangements bildeten sich Hierarchien zwischen Begüterten und weniger Begüterten ab. Materielle Dinge nahmen mithin in der sozialen Praxis des Wählens eine tragende Rolle ein und schufen Machtverhältnisse¹⁸ – eine Perspektive, die mit Blick auf konkrete Praktiken das von der rein wahlrechtlichen Entwicklung implizierte Narrativ fortschreitender Demokratisierung konterkariert.¹⁹

Schließlich lässt auch das Verhalten der Wähler selber soziale Ordnungen sichtbar werden. So wurde in Wahlpraktiken die Geschlechterordnung von Gesellschaften sichtbar: nicht nur, wenn bei exklusivem Männerwahlrecht die Straßen am Wahltag von Männern bevölkert waren und Frauen das Wahlrecht nicht zuletzt mit dem Argument vorenthalten wurde, dass das Wahllokal ein ungemütlicher, rauer Ort voller Gefahren sei. Auch bei allgemeinem Wahlrecht konnten sich divergierende Geschlechterrollen verdeutlichen, etwa wenn Frauen anders als Männer, die zu dieser Zeit arbeiten mussten, meist morgens wählen gingen (und dabei im Wahllokal auf einen fast durchgängig männlich besetzten Abstimmungsvorstand trafen). Dies war selbst in der Bundesrepublik noch der Fall, denn obwohl die Wahlen in Deutschland seit 1918 auf einen Sonntag fielen und damit den Wählern sehr viel mehr Zeit als an einem normalen Wochentag zur Verfügung stand, war das Wahllokal morgens häufig voller Frauen, die sich danach der Zubereitung des Mittagessens widmeten.²⁰

Wie diese mannigfaltigen Zugehörigkeiten und ihre Überlappungen in jeweils sehr verschiedenen Ausprägungen zeigen, können Wahlen soziale Ordnungen in vielen verschiedenen politischen Systemen, Kulturen und historischen Epochen symbolisch repräsentieren. Diese Polyvalenz in ihren jeweils spezifischen Ausprägungen aufzudecken, erscheint uns gewinnbringend für die Frage nach den Beziehungen zwischen dem Politischen und dem Sozialen in modernen Gesellschaften.

Bedeutungszuschreibungen

Dort, wo sich das allgemeine, freie, geheime und gleiche Wahlrecht durchgesetzt hatte, glichen sich Wahlen auf den ersten Blick. Man kann mit Fug und Recht konstatieren, dass sich innerhalb der westlichen Welt in wechselseitiger Beobachtung von Wahlregimen sowie durch Transfers von Technologien und Regulierungen über das 19. und 20. Jahrhundert eine erstaunliche formale Uniformität herausbildete.²¹ Sichtbar ist das etwa

18 Vgl. M. Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. M. 1994, S. 258f. sowie zu Dingen als Akteuren: B. Latour, Reassembling The Social, Oxford 2005.

19 Dieser Zusammenhang ist natürlich keineswegs neu, vgl. z. B. sehr deutlich J. Vernon, Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867, Cambridge 1993.

20 O.T. [„Wie man in Ulm den neuen Bundestag wählt...“], in: Schwäbische Donauzeitung, 18.9.1961; E. DuBois, Feminism and Suffrage: The Emergence of an Independent Women's Movement in America, 1848–1869, Ithaca (NY) 1999.

21 Vgl. dazu jetzt M. Crook/T. Crook, Reforming Voting Practices in a Global Age: The Making and Remaking of the Modern Secret Ballot in Britain, France and the United States, c.1600–c.1950, in: Past & Present, 212 (2011), S. 199–237.

in der ähnlichen dinglichen Ausstattung des Wählens mit Stimmzetteln und Wahlurnen oder der Zeitknappheit des Wahlaktes. Dem könnte man Prozesse der politischen Professionalisierung und Medialisierung an die Seite stellen, häufig unter dem Schlagwort der „Amerikanisierung“ zusammengefasst, die gleichfalls auf konvergierende Erfahrungen sowie eine Entörtlichung von Politik in den westlichen Demokratien des 20. Jahrhunderts hinweisen.²²

Doch formal ähnliche Wahlabläufe brachten keine quasi universellen Deutungen und Erfahrungen des Wählens mit sich. Die Geschichte moderner Wahlen lässt sich auch als eine Geschichte von (eigensinnigen) Bedeutungen erzählen, die an der Basis der Gesellschaft zirkulierten. Die modernen Regeln des freien, gleichen und geheimen Wählens leuchteten den Zeitgenossen häufig keineswegs unmittelbar ein, und die Normen des demokratischen Wahlrechts wurden an der Basis der Gesellschaft nicht immer goutiert. So gingen Wähler beispielsweise ganz unterschiedlich damit um, dass das freie und geheime Wählen ihnen die Chance zur Individualität bot. Wenn sich etwa Bürger beim Einwerfen ihres Stimmzettels bemüßigt sahen, laut zu verkünden, für wen sie gestimmt hatten, oder wenn sie sich von lokalen Autoritäten „empfehlen“ ließen, wen sie wählen sollten, verletzten sie damit das Wahlgeheimnis, taten dies aber aus guten Gründen. Offenbar hielten sie die Wahlentscheidung für eine öffentliche Angelegenheit und eine Möglichkeit, sich als Teil einer lokalen *community* auszuweisen, die ihre politischen Differenzen oder ihre Einigkeit zelebrierte. Dergleichen Fälle finden sich nicht nur im 19. Jahrhundert,²³ sondern noch bis weit ins 20. Jahrhundert.²⁴

Wähler, die abstimmen gingen, obwohl sie ihrer einzelnen Stimme kein Gewicht beimaßen oder nicht glaubten, etwas ändern zu können, oder Geschichten von Wählern, die sich bereits nachts am Wahllokal anstellten oder morgens unbedingt die ersten sein wollten, um als „Musterwahlbürger“ zu gelten, verweisen auf eigenlogische Bedeutungen der Wahlerfahrung, die nicht viel mit dem Wahlergebnis zu tun hatten. In diesen Geschichten und im Handeln der verschiedenen Akteure am Wahltag lassen sich die Bedeutungen ablesen, die das Wählen in unterschiedlichen Kontexten für die Akteure einnahm.

22 Kritisch dazu T. Mergel, *Americanization, European Styles or National Codes? The Culture of Election Campaigning in Western Europe, 1945–1990*, in: *East Central Europe*, 36 (2009), S. 254–280.

23 Vgl. H. Fischer, *Konservatismus von unten: Wahlen im ländlichen Preußen 1849/52 – Organisation, Agitation, Manipulation*, in: D. Stegmann u. a. (Hg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift Fritz Fischer zum 75. Geburtstag und zum 50. Doktorjubiläum*, Bonn 1983, S. 69–127; T. Mergel, *Die Wahlkabine*, in: A. Geisthövel/H. Knoch (Hg.), *Orte der Moderne. Erfahrungswelten des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 335–344.

24 Erst strahlte die Sonne – dann die CDU, in: *Schwäbische Donauzeitung*, 20.9.1965; *Der Kommandant der Tenenza dei Carabinieri in Monopoli an das Innenministerium, Generalkommandantur der Carabinieri*, 19.4.1948, Archivio Centrale dello Stato, Rom, Ministero dell’Interno, Gabinetto, 1948, b. 150, fasc. 17410, Telegramma N. 11618. Vgl. dazu auch den Beitrag von Benjamin Schröder.

Lokalität

Das Handeln der Akteure ist eng verbunden mit der lokalen Dimension von Wahlen. Richtet man das Interesse auf diese Lokalität, geraten lokale und soziale Zugehörigkeiten sowie die Kommunikation unter Anwesenden ins Blickfeld. So bieten Wahlen Gelegenheiten für lokale Vergemeinschaftung: Sie setzen die Bürger in Bewegung und formen lokale Traditionen für die Begehung des Wahltags. In der Mobilisierung der Bürgerschaft mittels Schleppdienst, in Wahlwetten, in ritualisierten Verkündungen des Ergebnisses sowie Siegesfeiern und auch in Schlägereien zwischen nicht immer ganz nüchternen Akteuren inszenierten sich Individuen und die Gesellschaft selbst.²⁵ Nationale Wahlen werden im Lokalen auch zu einer Frage sozialer Kontrolle und lokaler Hegemonie. Oft werden die Herrschaftsverhältnisse hier ganz anders ausgehandelt als auf nationaler Ebene, zuweilen mit Gewalt umgekehrt. So widerstanden weiße Südstaatler auch nach dem Bürgerkrieg der per Verfassungszusatz fixierten Norm der Gleichheit bei den Wahlen, patrouillierten bewaffnet die Straßen um das Wahllokal und bedrohten die wenigen schwarzen Wähler, die sich noch zu zeigen wagten.²⁶ Doch nicht nur in den Südstaaten entsprachen die Wahlen nach dem Bürgerkrieg nicht dem von Washington gewünschten Standard. In New York City beispielsweise bestand 1870 die Gefahr, dass Bundestruppen, staatliche Milizen und lokale Polizei auf der Straße die Regularien für die Wahlen mit Gewalt ausfechten würden.²⁷ In Preußen gelang es polnisch-katholisch dominierten Ortschaften immer wieder, die protestantischen, „regierungstreuen“ Wähler auszuschalten.²⁸ Anhand der Auseinandersetzungen vor Ort wird oft erst deutlich, wie stark die Durchschlagskraft einer nationalen Idee tatsächlich war, und die Wahlpraxis kann zeigen, ob lokale oder nationale Vorstellungen dominierten, abgelehnt oder umgedeutet wurden.

Weit weniger als für die Zeit bis 1914²⁹ wurde die lokale Ebene bisher für das „kurze“ 20. Jahrhundert untersucht. Benjamin Schröder und Claudia Gatzka zeigen nun in ihren Beiträgen zu Deutschland, Großbritannien und Italien, wie wichtig die konkrete lokale Lebenswelt als Referenzrahmen blieb. Hier lässt sich beobachten, dass Wahlen noch in

25 Vgl. zur Beobachtung solcher Selbstthematisierungen klassisch: C. Geertz, *Deep Play: Notes on the Balinese Cockfight*, in: *The Interpretation of Cultures. Selected Essays*, New York 1973, S. 412–453.

26 Vgl. beispielhaft die Auseinandersetzungen in National Archives and Records Administration (NARA), RG 60, E 56, General Records of Dept. of Justice, Letters Received by the Department of Justice from South Carolina, 1871–1884; Unterlagen in Charleston County Public Library, Records of Commission of Elections, 1877–79.

27 Brief von Office of the District Attorney of the US for the Southern District of NY an Amos T. Akerman, Attorney General, Washington DC, 3.11.1870, NARA (Anm. 26), RG 60, Entry A1 9: Letters Received, 1809–70, Container # 121, Folder: Southern District of New York (US Marshal) Sept 22, 1869–Nov 26, 1870; vgl. dazu auch die anderen Briefe bei der Frage um „placing armed forces“ in New York City.

28 Petition aus dem Kreise Pleschen, Großherzogtum Posen, an Preußisches Staatsministerium, 21.2.1849, Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Rep. 169 C, Abgeordnetenhaus Abschnitt 80, Nr. 4, Bd.1; vgl. auch die Klagen der preußischen Behörden in ebd., XVI. HA, Rep. 30, Nr. 2964, 18.12.1885–21.8.1919.

29 Vgl. Kühne, *Dreiklassenwahlrecht*; Anderson, *Practicing Democracy*; Arsenschek, *Wahlfreiheit*; Biefang, *Reichstagswahlen* (alle wie Anm. 11). Vgl. zur britischen Debatte über die „Nationalisierung“ der Politik den Überblick bei L. Blaxill, *Electioneering, the Third Reform Act, and Political Change in the 1880s*, in: *Parliamentary History*, 30 (2011) 3, S. 343–373.

der Zwischenkriegszeit und nach 1945 nicht auf individuell-autonome Entscheidungen reduziert werden können, sondern immer auch auf lokale *communities* bezogen waren und sozial konstituiert wurden: Niemand wählte isoliert für sich allein – trotz der Einsamkeit in der Wahlkabine –, sondern immer im Kontext sozialer Netzwerke und lokaler Zuschauer. Wie Bürger sich gegenseitig beobachteten, damit soziale Kontrolle ausübten, der Wiederhall des Wahlgesehens in der lokalen Presse – all dies war Teil einer örtlichen Wahlöffentlichkeit, in der Regeln, Verfahren und deren Legitimität verhandelt wurden. In dieser lokalen Wahlöffentlichkeit konnten die Grenzen zwischen sozialmoralischen Milieus verschwimmen, weil sich gegnerische Lager gegenseitig beobachteten und aufeinander Bezug nahmen, aber auch weil lokale Bedürfnisse nach Regelkonformität, Ruhe und Ordnung oder Eintracht der politischen Polarisierung entgegenstehen konnten.

Durch ihre Bindung an konkrete Orte stellten die Wahlen ein lokales Ereignis dar, das alle irgendwie involvierte und zu dem alle sich in irgendeiner Form verhalten mussten – es lohnt sich also, moderne Wahlen ebenso wie vormoderne Wahlen als Rituale aufzufassen, die in den sozialen Kontexten eines lokalen Umfeldes stattfanden.³⁰ Die rituelle Ausstattung des Wahltags lässt Rückschlüsse darüber zu, welche Rolle die Bürger und die Parteien, der Staat und die lokale Gemeinschaft für die jeweilige Demokratie spielten. Der Weg zum Wahllokal (und von ihm zurück) lässt die Verwobenheit des Wählens in politische Kulturen, die sich lokal manifestierten, sichtbar werden. In welcher Stimmung die Bürger zu den Wahllokalen strömten, welchen Raum sie anderen Aktivitäten gaben, welche lokalen Helden der Wahltag hervorbrachte, welche Rolle die Gewalt spielte – all das vermag vor dem Hintergrund formal ähnlicher Wahlverfahren im Zeitalter der Massendemokratien des 20. Jahrhunderts doch wesentliche Unterschiede in der Bedeutung des Wählens für die verschiedenen europäischen Demokratien aufzuzeigen, wie Benjamin Schröder und Claudia Gatzka in ihren Beiträgen argumentieren.

Anhand der Wahlen lassen sich gewisse ‚Inhalte‘ politischer Kulturen in ihrer historischen Kontingenz einfangen: etwa das Regelbewusstsein und die Konfliktkultur, aber auch die Selbstinszenierung des Bürgers als Bürger, sein Selbstverständnis und seine Beziehungen zu Parteien und Staat. In Deutschland etwa war der Wahlakt in der Zwischenkriegszeit wie nach 1945 unübersehbar von einem staatstragenden Hauch umweht, voller Ernst und Zeremonialität. Wie schon im Kaiserreich hatten die Deutschen auch in der Zwischenkriegszeit, ganz im Gegensatz zu den Briten und sichtbar an der Vielzahl der Wahlbeschwerden, ein nahezu obsessives Verhältnis zur Regelkonformität der Wahlabläufe, das sich auch noch nach 1945 darin zeigte, dass auf lokaler Ebene alle bemüht waren, für Regelsicherheit zu sorgen. Die Briten hingegen feierten am Wahltag der 1920er Jahre eine Art feuchtfröhliches Volksfest, geprägt von der demonstrativen Zurschaustellung parteipolitischer Rivalität. Ähnlich offen für Parteinahme und Rivalität waren die Italiener nach 1945, wo der Wahltag eigentlich den Höhepunkt des Wahlkampfes darstellte und Bürger sich gegenseitig am Wählen zu hindern suchten, wenn sie einander als po-

30 Vgl. bereits O’Gorman, *Campaign Rituals* (Anm. 4); Biefang, *Reichstagswahlen* (Anm. 11). Zur Vormoderne: Poeck, *Ratswahl*; Schlögl, *Urban Elections* (beide Anm. 4).

litische Gegner wahrnahmen. Regeln wurden hier nicht befolgt, sondern vor Ort erst gemacht. All diese Unterschiede wirkten sich auch auf die Atmosphäre im Wahllokal aus: man wählte, so könnte man sagen, nicht in einem Labor, sondern in Räumen, die von den Bedeutungen, Praktiken und Normen der Wahlen mit konstituiert wurden.

Nation und Normierung

Anhand von Wahlen lassen sich aber nicht nur ‚Kommunikationen‘ der gesellschaftlichen Basis mit sich selbst, sondern auch der ‚normalen‘ Bürger mit der virtuellen Gemeinschaft der Nation und mit dem Staat beobachten. Weil Wahlen so tief in die Gesellschaft hinein reichten und dem Anspruch nach alle mündigen Bürger auch noch im hintersten Dorf erfassten, schufen sie Gelegenheiten für den Staat, auf die Bevölkerung Einfluss zu nehmen und seine sozialen und politischen Ordnungsvorstellungen durchzusetzen. Die Geschichte demokratischer Wahlen wächst an diesem Punkt gerade auch mit Blick auf alte Demokratien wie den USA über das euphemistische Verständnis vom allgemeinen Wahlrecht als vollendeter Volkssouveränität hinaus. Denn gerade die Allgemeinheit der Wahl ermöglichte dem Staat auch einen steuernden, normierenden und homogenisierenden Zugriff auf die gesamte Bevölkerung, die in Zeiten restriktiver Wahlregeln noch nicht möglich gewesen war. Die Wahlen brachten spezifische Instrumente hervor, mit denen das Wahlvolk kategorisiert, etikettiert und bewertet wurde. Wahlregistaturen produzierten Ausgeschlossene; Wahlreglements ermöglichten die systematische Behinderung unliebsamer Wählergruppen und die Disziplinierung derjenigen, die Loyalität verweigerten. Anhand dieser Steuerungen lässt sich ein Bild davon skizzieren, wie sich der werdende Nationalstaat im späten 19. Jahrhundert seine ideale Bevölkerung vorstellte. Der Wähler sollte als Individuum mit seiner Wahl die Anerkennung und Legitimierung des jeweiligen Herrschaftssystems signalisieren. Nicht umsonst verweigerten Sozialdemokraten in Preußen über lange Zeit die Teilnahme an Wahlen;³¹ auch britische Liberale zwischen den Weltkriegen³² und Bundesbürger nach 1945 nutzten die Wahlenthaltung bisweilen für öffentlichkeitswirksamen Protest.³³

31 Vgl. die Aufsätze von Leo Arons in den Sozialistischen Monatsheften von 1902 bis 1913, in denen er den Boykott diskutiert, sowie B. J. Warneken (Hg.), *Als die Deutschen demonstrieren lernten. Das Kulturmuster friedlicher Straßendemonstrationen im preußischen Wahlrechtskampf 1908–1910*, Tübingen 1986.

32 So gab es vereinzelt Debatten um die Legitimität der Stimmenthaltung als Protest gegen ein Wahlsystem, das Wählern in manchen Wahlkreisen Optionen vorenthielt und die Liberale Partei systematisch zu benachteiligen schien, vgl. etwa *Liberal Poll of 27,775*, in: *Sheffield Daily Independent*, 31.5.1929; *Hallam Liberal, Lord Mayor and Spoilt Ballot Papers*, in: ebd., 3.6.1929.

33 In der Gemeinde Linkenheim im Wahlkreis Karlsruhe-Land gingen 1957 von den 2 363 Wahlberechtigten nur 47 zur Wahl. Mit der Wahlenthaltung protestierten die Linkenheimer gegen den Bau eines Atomreaktors im Einzugsgebiet ihrer Gemeinde. Am Wahllokal hing am Wahlsonntag ein Plakat mit einem Atompilz und dem Ausruf „Linkenheimer, denkt an die Bürgerversammlung“, und die beschäftigungslosen Wahlhelfer im Inneren vertrieben sich den Wahlsonntag mit Skatrunden, was die Lokalpresse mit Fotos dokumentierte: *Wahlgang bei wechselndem Herbstwetter*, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 16.9.1957; *Der Wahlstreik von Linkenheim*, in: *Badische Neueste Nachrichten*, 17.9.1957.

Auch in der dinglichen Ausstattung des Wählens lassen sich Vorstellungen vom idealen Wähler ablesen: Die Gestaltung von Wahllokalen, Urnen oder Stimmzetteln hatte nicht nur Einfluss auf die Wahlfreiheit und das Wahlgeheimnis. Wenn zum Beispiel Stimmzettel in New York City am Ende des 19. Jahrhunderts dicht bedruckt im Umfang von einem Quadratmeter Dutzende von Kandidaten enthielten, ging es wie bei den in den 1920er Jahren erneut eingeführten Alphabetisierungstests gezielt darum, Analphabeten oder auch schwarze Wähler aus der politischen *community* auszuschalten.³⁴ In New York City wiederum setzten sich Reformer um 1900 dafür ein, dass Wahlen in öffentlichen Gebäuden stattfanden und nicht in Saloons oder kleinen Läden, dass diese gereinigt waren und mit elektrischem Licht beleuchtet – und trugen damit dazu bei, dass der Wahlakt wieder für Oberschichten akzeptabel wurden.

Neben dem autoritären Preußen waren es dabei auch die demokratischen USA, die um 1900 mit Hilfe von Wahlen und der Verwissenschaftlichung der Wahlreformdiskurse den Homogenisierungsprozess ihrer Bevölkerung vorantrieben. Die Mehrdeutigkeit von Wahlen zeigt sich hier von einer ganz anderen Seite als in den Beiträgen zum 20. Jahrhundert. Während sich die Wahlregime sowohl hinsichtlich ihrer rechtlichen Grundlagen als auch ihrer praktischen Umsetzung im 19. Jahrhundert in verschiedenen Ländern noch sehr viel stärker voneinander unterschieden, zeigen sich hier erstaunliche Ähnlichkeiten in den Versuchen sich konsolidierender Nationen, ihre Bürger mit Hilfe des ausgeweiteten Wahlrechts gleich mit zu formen. Dass indes diese Geschichte für eine sich ständig erneuernde Einwanderungsgesellschaft wie die Vereinigten Staaten mit dem 19. Jahrhundert nicht an ihr Ende gelangt ist, darauf mag die letzte Präsidentschaftswahl 2012 ein Schlaglicht werfen. Republikanische Senatoren versuchten im Vorfeld der Wahl Bestimmungen durchzusetzen, die mit ethnischen Minderheiten, Armen und Alten systematisch die Wählerschaft der Demokraten behindern würden. Am Wahltag triumphierte dennoch der erste schwarze Präsident, Barack Obama: Das „traditionelle Amerika“, das „weiße Establishment“ war bereits zu sehr geschrumpft, wie der konservative Meinungsmacher Bill O'Reilly noch in der Wahlnacht feststellte.³⁵

Die behördlichen Wahlpraktiken, die erst durch die Einrichtung des allgemeinen Wahlrechts potentiell jedes einzelne Individuum erfassten, zielten auf nationale Integration; die modernen demokratischen Wahlen boten mithin ganz neue, aber immer umkämpfte Möglichkeiten, die Nation zu identifizieren und unerwünschte Gruppen auszuschließen. Es zeigt sich damit, dass Wahlen wie in einem Brennglas die Beziehungen, Spannungen und Wechselwirkungen zwischen der lokalen und der zentralen Sphäre von Nationsbildung und (National-)Staatlichkeit sichtbar machen können. Dies wirft die Frage auf, ob nicht auch in dieser Funktionalisierbarkeit der Institution Wahlen ein Grund für ihre erfolgreiche Etablierung weltweit zu suchen ist.

34 Vgl. H. Buchstein, Geheime Abstimmung und Demokratiebewegung. Die politischen Ziele der Reformbewegung für das ‚Australian Ballot‘ in den USA, in: Politische Vierteljahresschrift, 31 (2000), S. 48–75.

35 E. Bronner, Voter ID Rules Fail Court Tests Across Country, in: The New York Times, 2.10.2012; The GOP Needs a [] Economic Plan for More Than the ‚White Establishment‘, in: The Atlantic, 7.11.2012.

Wissen

Die Intention staatlicher Steuerung, die sich parallel zur Ausbreitung des allgemeinen Wahlrechts einstellte, war eng verwoben mit dem Wissen des Staates über die Bevölkerung, auf die er Einfluss zu nehmen suchte. Moderne Wahlen forderten geradezu heraus, ein solches Wissen über die Bürger zu produzieren. Das *Movens* war ein Bedürfnis nach Prognosen, das sich aus der tiefen Unsicherheit und dem Risiko ergab, von denen moderne Wahlen – im Gegensatz zu ihren frühneuzeitlichen Vorgängern – gekennzeichnet sind. Je breiter und freier das Wahlrecht, umso schlechter ließ sich vorhersagen, wie die Wahlen ausgehen würden. Um aber Wahlen planbar zu gestalten, bedurfte es des Wissens über die, die am Wahltag erscheinen und entscheiden würden. Es liegt deshalb nahe, dass die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich entwickelnden Sozialwissenschaften ihren Hunger nach Daten für die statistische Beschreibung der Bevölkerung gerade auch im Umfeld der nationalen Wahlen stillen konnten, weil sie hier auf interessierte Machteliten und staatliche Behörden stießen.³⁶ Das ganze Setting moderner Wahlen – die Wählererfassung durch Registratur und Wählerlisten, die Annahmen der Machteliten über das Elektorat und seine innere Differenziertheit, aber auch das geographische und soziologische Wissen, das zur konkreten Durchführung von Wahlen notwendig war – bietet aus wissenschaftsgeschichtlicher Perspektive eine ungemein reiche Quelle, die bislang nur im Kontext der sich professionalisierenden Demoskopie nach 1945 angezapft worden ist.³⁷

Wie Wahlen und Wissen in Beziehung zueinander standen, lässt sich dabei nicht nur auf der zentralen Ebene, sondern auch mit Blick auf die Akteure an der Basis untersuchen. Wahlkandidaten, lokale Parteileute und lokale Eliten wurden erst handlungsfähig auf der Basis des Wissens, das sie über die Wähler ihres Einzugsgebiets besaßen. Die im Kontext von Wahlen und auf unterschiedlichen Ebenen erfolgende Erhebung, Auswertung, Kategorisierung und Nutzung von Wissen über die Gesellschaft gibt Einblick in Prozesse der Zentralisierung oder Dezentralisierung von Politik.

Diese hier vorgestellten Dimensionen von Wahlen und ihrer kulturgeschichtlichen Erforschung – der Blick auf soziale Ordnungen, Bedeutungszuschreibungen, Lokalität, Nation und Normierung sowie Wissen – entfalten ihren Erkenntniswert vor allem in

36 Vgl. zum Zusammenhang von Bevölkerungsstatistik und staatlichen Interessen A. Pinwinkler, *Amtliche Statistik, Bevölkerung und staatliche Politik in Westeuropa, ca. 1850–1950*, in: P. Collin/T. Horstmann (Hg.), *Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis*, Baden-Baden 2004, S. 195–215.

37 Vgl. A. Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990*, Düsseldorf 2007; J. G. Geer, *Public Opinion and Polling Around the World. A Historical Encyclopedia*, 2 Bde., Santa Barbara (CA) 2004; R. Mannheimer/M. Barisione, *I sondaggi*, Bologna 1999; S. Rinauro, *Storia del sondaggio d'opinione in Italia, 1936–1994*, Venedig 2002; L. Beers, *Whose Opinion? Changing Attitudes Towards Opinion Polling in British Politics, 1937–64*, in: *Twentieth Century British History*, 17 (2006), S. 177–205. Bis heute produziert das Wahlgeheimnis Wissensbestände mit fragwürdigem Wahrheitsgehalt, vgl. E. Bytcek/S. Roßteuscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt a. M./New York 2011. Zu wissenschaftlichen Perspektiven vgl. C. Reinecke, *Wissensgesellschaft und Informationsgesellschaft*, Version 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 11.2.2010, <https://docupedia.de/zg/Wissensgesellschaft?olid=84670>.

vergleichender Perspektive oder werden teilweise sogar erst im Vergleich augenfällig. Der kulturgeschichtlich orientierte Vergleich von Wahlen in der Moderne zeigt eine verblüffende Vielfalt an Bedeutungen auf, die Wahlen an verschiedenen Orten und von unterschiedlichen Akteuren zugeschrieben wurden, und verweist auf ein Arsenal von Funktionen des Wählens für das moderne *nation-building*, das wohl zur weltweiten Attraktionskraft westlich geformter Wahlen beigetragen hat.